

Bezugspreis:

Für den Monat Januar 1923 M. ...

Telegramm-Adresse:

„Sozialdemokrat Berlin“

NO

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:

Die einpaltige Nonpareil ...

Anzeigen für die nächste Nummer ...

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3

Freitag, den 29. Dezember 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Bonar Laws Absichten.

Herabsetzung der Reparationen — Finanzreform — Garantien.

London, 29. Dezember. (W.F.B.) Der gut unterrichtete Londoner Sonderberichterstatter des „Manchester Guardian“ schreibt zu der Berzugsklärung Deutschlands durch die Reparationskommission, die Londoner Regierungsoberleiter sähen die Ereignisse in Paris nur als die gewöhnliche taktische Vorbereitung für eine so wichtige Konferenz, wie es die Januar-Konferenz sein werde, an.

London, 29. Dezember. (W.F.B.) Der gut unterrichtete Londoner Sonderberichterstatter des „Manchester Guardian“ schreibt zu der Berzugsklärung Deutschlands durch die Reparationskommission, die Londoner Regierungsoberleiter sähen die Ereignisse in Paris nur als die gewöhnliche taktische Vorbereitung für eine so wichtige Konferenz, wie es die Januar-Konferenz sein werde, an.

London, 29. Dezember. (W.F.B.) Der gut unterrichtete Londoner Sonderberichterstatter des „Manchester Guardian“ schreibt zu der Berzugsklärung Deutschlands durch die Reparationskommission, die Londoner Regierungsoberleiter sähen die Ereignisse in Paris nur als die gewöhnliche taktische Vorbereitung für eine so wichtige Konferenz, wie es die Januar-Konferenz sein werde, an.

London, 29. Dezember. (W.F.B.) Der gut unterrichtete Londoner Sonderberichterstatter des „Manchester Guardian“ schreibt zu der Berzugsklärung Deutschlands durch die Reparationskommission, die Londoner Regierungsoberleiter sähen die Ereignisse in Paris nur als die gewöhnliche taktische Vorbereitung für eine so wichtige Konferenz, wie es die Januar-Konferenz sein werde, an.

Englischer Kabinettsrat.

London, 29. Dezember. (E.P.) Die Frage, welche Stellung England an der Pariser Konferenz einnehmen wird, wird heute in einem Kabinettsrat entschieden werden.

Die italienische Delegation für Paris.

Rom, 29. Dezember. (E.C.) Die Nachricht, daß Mussolini nicht persönlich der Pariser Konferenz beiwohnen werde, bestätigt sich.

Amerika und Europa.

Harding gegen eine Weltwirtschaftskonferenz.

Der Antrag des Senators Borah auf Einberufung einer Weltwirtschaftskonferenz, der seit einigen Tagen im Mittelpunkt der amerikanischen Politik steht, hat nun zur ersten offiziellen Verlautbarung des Präsidenten Harding in dieser Frage geführt.

Ich halte den Wunsch des Kongresses, eine Weltwirtschaftskonferenz einzuberufen, für ungeschickt und unglücklich, weil durch einen derartigen Beschluß in Europa ein falscher Eindruck entstehen und auf unser Volk ein schlechtes Licht geworfen werden könnte.

nisse der Regierung eingeschränkt würden. Irgendeine Weltwirtschaftskonferenz muß solange wertlos bleiben, als die Schuldenkonsolidierungskommission nicht größere Bewegungsfreiheit hinsichtlich der Festsetzung der Zahlungsfristen und des Zinsfußes für die Kriegsschulden erhält.

Nachdem Lodge den Brief Hardings verlesen hatte, erklärte er, daß er den Standpunkt des Präsidenten in der Schuldenfrage unterstütze. Es müsse sich darum handeln, die Atmosphäre aufzuklären, bevor die englische Schuldenkommission in Unterhandlungen mit dem amerikanischen Konsolidierungsausschuß eingetreten sei.

Diese Äußerungen Hardings und Lodges sind um so beachtenswerter, als sie offensichtlich den Boden für die in den nächsten Tagen beginnenden Verhandlungen mit dem englischen Schatzkanzler Baldwin vorbereiten sollen.

Verschärfung der Orientkrise.

London, 29. Dezember. (W.F.B.) Reuter meldet aus Malta, die britische Mittelmeerflotte ist nach Konstantinopel abgehakt.

Paris, 29. Dezember. (T.U.) Einem Mitarbeiter des „Matin“ gegenüber hat Ismet Pascha sich über den augenblicklichen Stand der Lausanne-Verhandlungen ausgesprochen. Er sagte: Die Verhandlungen sind auf allen Gebieten schwierig, aber die Frage von Mossul, die plötzlich auf das Tapet gebracht wurde, hat sie nahezu hoffnungslos gemacht.

Henderson kandidiert.

London, 29. Dezember. (W.F.B.) Henderson hat sich bereit erklärt, für den Wahlkreis in East Newcastle zu kandidieren.

Die Stärke der einzelnen Fraktionen im polnischen Parlament verteilt sich nach ihrer endgültigen Konstituierung wie folgt: Nationaldemokraten 98, Volkspartei (Wios) 70, bürgerlich-radikale Partei „Wyzwolenie“ 48, Christliche Demokraten 43, Sozialisten 41, Juden 34, Christlich-Nationale Partei 28, Ukrainer 20, Nationale Arbeiterpartei 18, Deutsche 16, Wehrlosen 11, Ukrainische Landwirte 5, bäuerlich-radikale Partei (Oson) 4, Kommunisten 2, „Wilde“ 6, darunter 1 Russe. Somit verfügen die Rechte über 169, das Zentrum (Wios-Partei) über 70, die Linke über 113, die Minderheiten über 87 Stimmen.

Dollar 7300.

An der heutigen Börse war das Geschäft in ausländischen Zahlungsmitteln ziemlich ruhig. Der Dollarkurs eröffnete mit 7300, d. h. wesentlich unter der Parität des gestrigen New Yorker Marktkurses.

Schwarzhemd und rote Fahne.

O. L. Rom, Ende Dezember.

Wohl in keinem Lande Europas lastet die Faust der Reaktion so schwer und ehern auf den Massen, wie im heutigen Italien. Jene Reaktion der herrschenden Klassen, die unter dem Zeichen des Faschismus schon am Ende des vorigen Jahres ihr Haupt drohend erhob, steht heute siegreich da: nicht als der Starke, dem die Krone des Sieges im schweren Kampfe zufiel, sondern als der Parvenu, der kampflös die Ohnmacht weggedrängt hat.

Und als Dokument, das bleiben wird, wenn die Geschichte längst hinweggeschritten sein wird über die Gewalttaten und die Schwächen der heutigen Sieger und der heutigen Besiegten, das bleiben wird als der ungeheuerlichste Anschlag, den das Italien dieser Jahreswende auf jenes unsterbliche Italien der Weltgeschichte ausgeführt hat, das die Mutter des Rechtes war und ist, als Dokument, das die heutige Episode trennt von der geschichtlichen Vergangenheit — hat die faschistische Regierung dem Volke eine Amnestie auf den Weihnachtstisch gelegt, die die Gefängnistüren nur denen öffnet, die auf faschistischer Seite standen.

In dem an den König gerichteten Schreiben, das das Amnestiedikt einleitet, heißt es:

Heute, wo die jüngsten politischen Ereignisse es erlauben, den innern Zwiespalt zu beseitigen und die Nation zu sicherer und dauernder Ordnung zu führen, erscheint es nützlich, um den Einklang der Seelen zu erhöhen, Vergessen zu breiten über viele Geschehnisse, die in der Krise der Neugestaltung des staatlichen Zusammenlebens gestiftet haben, und die strafrechtliche Verantwortlichkeit dieser auszuschließen, die unter dem Feuer der Leidenschaft sich verfeilt ließen, jene Grenzen zu überschreiten, die die Befehle, zum Schutze der öffentlichen und privaten Rechte, dem Tun des Einzelnen und der Parteien zichen. Die Ausdehnung und Bedeutung der Erschütterungen und der ausnahmsweise Ernst der Umwälzungen, die zur Errichtung der heutigen Regierung geführt haben, machen es ratsam, daß das Wort der Milde umfösend und gütig niedersteige, um einen Strich zu ziehen unter der Vergangenheit und eine neue Zukunft friedlichen Zusammenlebens der Parteien einzuweihen und fruchtbarer Zusammenarbeit der Klassen, für die juristische und wirtschaftliche Wiederrichtung des Landes.

Nach dieser Einleitung, in der man das Wortwort zu einer wirklichen Amnestie sehen kann, kommt die Beschränkung der Maßnahme auf die Handlungen, die „von nationalen Zwecken eingegeben waren“. Der italienische Justizminister schreibt hier wörtlich:

Unter Umständen kann die verbrecherische Tat dem politischen Zweck nicht entsprechen oder für den angestrebten Zweck wirkungslos sein und auch in der Prozeß unopportum oder übertrieben sein (sic); das psychologische Motiv muß auch in diesem Falle zur Anwendung der Amnestie auf den konkreten Fall führen. Und was die Zwecke und höchsten Interessen des Staates betrifft, auf die das Individuum abzielt, so liegt es auf der Hand, daß diese in Hinblick auf die heutige politisch-soziale Ordnung abzuschließen sind, so daß die auf den Umsturz der herrschenden Institutionen gerichtete Handlung, die eine neue Ordnung oder ein neues Regime einzuführen strebt oder Grundsätze und Theorien zu verwirklichen sucht, die der heutigen Auffassung von Staat und Gesellschaft zuwiderlaufen, absolut von der Amnestie auszuschließen sind.

Die Amnestie erstreckt sich weiter, außer auf jedwede von Faschisten begangene verbrecherische Handlung, auf die Exzesse der Polizei und der Truppen bei öffentlichen Unruhen, auf Verbrechen, die bei rein wirtschaftlichen Bewegungen begangen wurden, und auf einige Verbrechen. Schließlich folgt ein Strafnachlaß für alle, der die Gefängnisstrafen um drei Monate verkürzt.

Man macht ja nun mit Recht geltend, daß praktisch die Amnestie nichts ändert, da ja ohnehin der Mannesmut der italienischen Beschworenen alle Faschisten freisprach und alle Sozialisten und Kommunisten verurteilte. Es scheint aber fraglich, ob es dem Namen eines Landes zuträglich ist, als Norm vom Justizminister vordrücken zu lassen, was als freiwillige Knechtseligkeit gerade unwürdig genug war.

Wir verstehen, daß heute die Parteifeldschlacht in Italien eine Schärfe erreicht hat, wie nie vorher. Wir hätten es also verstehen können, daß die Partei der Sieger, ohne Edelmut zu zeigen, einen gewissen Anstand gezeigt hätte. Das italienische Recht sieht außer der Amnestie, die alle Folgen der verbrecherischen Tat auslöscht, den Strafverlaß (condono) vor, der die Nebenfolgen der Verurteilung beseitigt und nur die Freiheitsstrafe erläßt. Wir hätten es begreiflich gefunden, wenn sich die Faschisten die Amnestie vorbehalten hätten und den Sozialisten und Kommunisten den Strafverlaß.

Mussolini hat seine Regierung als „das Reich des Geistes“ bezeichnet. Er ist gottesgläubig und christlich gesinnt: aus diesem Geiste wurde die Weihnachtsamnestie geboren.

So steht das italienische Proletariat am Jahresausgang vor einem Kampf aufs Messer; ein Kampf, in dem ihm niemand Parolen geben wird. Durch einen Weisheit und Schriftgelehrten ist bekanntgegeben worden, daß dieses Reich wenigstens 20 Jahre dauern wird.

Bis jetzt dauert es zwei Monate und hat viele Maßnahmen gezeitigt, die die Schwelle haben sollen zu dem zwanzigjährigen Reich. Da ist zunächst die Abrüstung eines Teils der Polizei und die Schaffung einer faschistischen „Miliz für die nationale Sicherheit“, die 100 000 Mann stark werden soll. Diese Miliz wird den offiziellen Nachrichten zufolge (andere gibt es ja nicht) persönlich vom Ministerpräsidenten abhängen und in Zeiten ihrer Mobilisierung, die auf Grund ausnahmeweiser Verhältnisse angeordnet wird, vom Staate befehlet werden. Man wird also in Italien einen Teil der Funktionen von Polizei und Militär der Leibgarde des Ministerpräsidenten übertragen sehen, die vom Staate nur insofern abhängt, als er ihren Sold bezahlt, im übrigen aber das Organ einer Partei bleibt, mit Parteikriterien gegründet wurde und geleitet wird, und persönlich von einem Manne abhängt, der möglicherweise nicht auf Lebenszeit Ministerpräsident ist.

Diesen Prozeß, durch den man Staatsfunktionen an Parteiorgane überträgt, nennt man den der „Identifizierung von Faschismus und Staat“. Man könnte ihn auch als die Aufharmung des Staates zu Partei-zwecken bezeichnen. Hier kommen wir auf den so oft behandelten Unterschied von Staat und Partei. Wenn in unserer Partei sich die Genossen gegen die Parteidisziplin auflehnen, so pflegt man ihnen entgegenzuhalten: Man tritt aus freiem Willen in eine Partei ein, weil man ihre Leitlinie annimmt; man kann aus ihr austreten, wenn die auferlegte Disziplin einen Grad von Zwang einzuschließen scheint, den man mehr als Hemmung empfindet, als man die Einheit der Leitlinie als Förderung fühlt.

Wie aber, wenn der Staat, aus dem man doch nicht austreten kann, dem Einzelnen eine Parteidisziplin vorschreibt? Wird man sie wirklich mit Gewalt den Widerstrebenden einbläuen, zum Besten der Nation? Will man den nichtfaschistischen Bürger rechtlich und moralisch so stellen, wie die Juden in Rumänien vor dem Kriege standen, will man ihn zum „Ausländer ohne Konsularschutz“ machen?

Was der Arbeiterbewegung in Italien noch an Kräften bleibt, das sucht die Regierung lahmzulegen. Sie erläßt ein Gesetz, das die Registrierung der Gewerkschaften obligatorisch macht; diese müssen die Listen ihrer Mitglieder der Präfektur vorlegen und ihre Verwaltungsmassregeln präventiv bewilligen lassen. Die nicht registrierten Gewerkschaften sollen aus den Vertretungen in allen beratenden Körperschaften des Staates ausgeschlossen sein, so aus dem Reichsarbeitsrat, dem Ausschuß für die Kooperation usw. Und da man fürchtet, daß sich die „freien Gewerkschaften“ zur Registrierung verstehen könnten, um nicht auf ihre Existenz zu verzichten, beantragen die faschistischen Gewerkschaften ganz einfach den Ausschluß aller „nicht nationalen“ Gewerkschaften von dem Recht, Vertreter in die Regierungskörperschaften zu entsenden; sie fordern auch die Auflösung der bereits bestehenden Ausschüsse, um sie in „nationalem Sinne“ neu zu bilden.

So büßt heute das italienische Proletariat schwer und bitter eigene Schwäche und Irrtümer seiner Führer. Viele, die sich um unsere roten Fahnen scharten, als sie das tausend-

jährige Reich von Rußland erwarteten, tragen heute das schwarze Hemd und erwarten dasselbe Wunder von Mussolini. Unsere Partei hat durch diesen Wunderglauben, den sie nicht zu zerstreuen den Mut und die Kraft hatte, ihre schwerste Niederlage erlitten. Heute ist er einer der Grundpfeiler der faschistischen Herrschaft; diese hat aber auch andere Grundpfeiler in der mächtigen Koalition des industriellen und Agrarkapitals, und in den Organen des Staates, deren sie sich bemächtigt. Freilich da, wo heute ihre Kraft liegt, könnte morgen ihre Schwäche liegen. . . .

Die Steuerfragen der Milliardäre.

Wie unzureichend das Kapital durch unsere Steuergebung erfaßt wird, zeigen folgende Beispiele:

Wenn ein Besitzer eines Pakets von Aktien der AEG. im Nennwert von einer Million diese nach den heutigen amtlichen Kursen bewertet, so ergibt sich für ihn ein Besitz von 60 Millionen Papiermark. Nach dem amtlich festgesetzten Steuersatze, der für die AEG.-Aktien 400 Proz. beträgt, repräsentiert diese Aktie nur einen Wert von 4 Millionen Mark. Angenommen, der glückliche Besitzer dieses Aktienpakets habe auf diese Effekten eine Bankschuld von 10 Millionen Mark aufgenommen, so ergibt sich unter Zugrundelegung des Steuersatzes das merkwürdige Bild, daß er 4 Millionen Mark schuldig ist, also kein „Vermögen“ besitzt und nicht zur Zwangsanleihe herangezogen werden kann, während in Wirklichkeit sein Vermögen in AEG.-Aktien allein einen Wert von 60 — 10 = 50 Millionen Mark repräsentiert. Angenommen, ein Besitzer von 1 Million von Harpener Aktien im Nennwert von einer Million, d. h. nach den heutigen Kursen von 600 bis 650 Millionen Papiermark, habe auf diesen Besitz 20 Millionen Mark bei einer Bank geliehen, so braucht er, da bei einem Steuersatze von 885 dieses Aktienpaket offiziell nur einen Wert von 8,85 Millionen repräsentiert, ebenfalls keine Zwangsanleihe zu zahlen, denn er steht ja nur mit 11,15 Millionen Mark in der Bankschuld.

Deutlicher lassen sich die Auswüchse unseres Steuerwesens kaum illustrieren. Man fragt sich unwillkürlich, welchen Zweck denn die Beratungen des Reichsfinanzministeriums mit den Sachverständigen der Bankwelt gehabt haben. Offenbar hat man sich in den maßgebenden Stellen gründlich über den Löffel barbieren lassen.

Eine Billion Mark Banknotenumlauf.

In der Sitzung des Zentralkomitees berichtete der Präsident des Reichsbankdirektoriums über die Entwicklung des Standes der Reichsbank in der Zeit vom 7. November bis 15. Dezember dieses Jahres und erwähnte, daß der Banknotenumlauf in der letzten Woche die Ziffer von einer Billion Mark erreicht habe. Im weiteren führte der Präsident u. a. aus: Diese Entwicklung des Banknotenumlaufes macht es unbedingt notwendig, in der Kritik des angebotenen Kreditmaterials hinsichtlich des Verwendungszweckes noch erheblich strenger zu werden als bisher und geeignete Maßnahmen zur Beschränkung der Kredite zu ergreifen. Die Darlehnsstellen beobachten das gleiche Verfahren. Es würde unser Geldwesen völlig ruinieren, wenn Handel und Industrie, Länder und Gemeinden, Hypothekendarlehen und Genossenschaften ihre Verwaltung und Wirtschaft in großem Umfange mit dem Kredit der Reichsbank und der Darlehnsstellen, d. h. durch Beschaffung von fremdem Gelde zu betreiben suchen. Der gesamte gegenwärtige Wechselbestand der Reichsbank von 352 Milliarden Mark erreicht zwar an der inneren Kaufkraft der Mark gemessen kaum die Hälfte ihres Wechselbestandes vor dem Kriege, beträgt aber fast die Hälfte des gesamten Wechselumsatzes gegen kaum ein Viertel desselben vor dem Kriege, und der Andrang des Wechselmaximals ist in weiterer stürmischer Aufwärtsbewegung begriffen. Auch das Scheckanweisungskonto der Reichsbank und der Darlehnsbestand der Darlehnsstellen kommen ebenfalls zu einem erheblichen Teil der privaten Wirtschaft zugute und bedeuten auch eine Unterstützung der privaten Wirtschaft durch die Reichsbank.

Die Reichsbank hat in einem einzigen Vierteljahr mehr als eine Billion Mark Kredite gewährt. Dies beweist, daß die Reichsbank unter voller Ausnutzung ihrer Aktionskraft wehrzig den Bedürfnissen der deutschen Wirtschaft gerecht zu werden sucht, soweit sich das mit den Aufgaben und den Grenzen der Politik einer zentralen Notenbank überhaupt verträgt. Die bisherigen Diskontierungen hatten den Zweck, Warnungssignale zu sein, in allen Krisen des In- und Auslandes zu zeigen, in welcher Richtung die deutsche Volkswirtschaft sich zurzeit befindet und welcher Terminationprozess am deutschen Geld- und Kapitalmarkt vor sich gegangen ist. In der gegenwärtigen Situation Deutschlands ist die größtmögliche Beschränkung und Sparlichkeit auch auf dem Gebiet der Kreditanspruchnahme unbedingt notwendig. Der Präsident schloß mit der Bitte an die Vertreter der Banken und an die anderen im Zentralausschuß vertretenen großen Wirtschaftskreise, sich der Gefahren unserer kreditwirtschaftlichen Lage bewußt zu sein und auch ihrerseits die notwendigen Maßnahmen zu treffen, wenn verhindert werden soll, daß der deutsche Kreditapparat eines Tages versagt.

Der Kampf um die Dienstdauer.

Die Dienstdauervorschriften des Reichsverkehrsministers haben sowohl bei dem Personal wie bei den Eisenbahndirektionen vielfach eine Auslegung gefunden, die vom Minister nicht beabsichtigt war. Infolgedessen hat sich bei dem Personal eine starke Erregung bemerkbar gemacht, die zu einer scharfen Opposition gegen die Dienstdauervorschriften führte. Am Donnerstag trugen die beteiligten Gewerkschaften im Reichsverkehrsministerium ihre Wünsche auf Zurückziehung der Dienstdauervorschriften oder die Herausgabe genauer Richtlinien vor. Die Besprechungen werden heute mittig fortgesetzt und man hofft zu einem vorläufigen Ergebnis zu kommen. Nach Neujahr dürfte in neuen Verhandlungen versucht werden, diese Streitfrage endgültig zu regeln.

Die Gehälter der Staatsbediensteten.

Im Reichsfinanzministerium beginnen am 8. Januar neue Verhandlungen mit den Spitzenorganisationen der Beamten, Angestellten und Arbeiter des Reiches, der Länder und der Gemeinden über die Erhöhung der Gehälter und Löhne. Es handelt sich dabei nicht um eine nachträgliche Erhöhung der Dezemberbezüge, sondern um die Festsetzung der Gehälter und Löhne für den Monat Januar.

Der Sowjetkongress.

Moskau, 28. Dezember. (DG.) Kamenew führte weiter aus, die Moskauer Abrüstungskonferenz habe gezeigt, daß die Völker Europas gegenwärtig nicht zu Abrüstungen geneigt seien. Sowjetrußland allein habe eine bedeutende Demobilisierung durchgeführt; doch sei die rote Armee stark genug, um Sowjetrußlands Interessen zu schützen. Die wirtschaftlichen Beziehungen Sowjetrußlands mit den Weststaaten seien in reger Entwicklung begriffen. Die Sowjetregierung werde das Außenhandelsmonopol nicht preisgeben ungeachtet des Drucks, den das Auslandskapital in diesem Sinne ausübe. Die Sowjetregierung werde in Anbetracht ihrer gebesserten Lage bei der Genehmigung der jährlich vorliegenden Konzessionsanträge wählerisch sein und nur solche Anträge bewilligen, die für Sowjetrußland vorteilhaft seien. In dieser Hinsicht sei der Otto-Wolff-Vertrag besonders zu billigen. Auch der aus politischen Erwägungen abgelehnte Urquhart-Vertrag und andere Verträge könnten einer neuen Prüfung unterzogen werden, da der politische Horizont sich gegenwärtig aufkläre.

In der zweiten Sitzung des Kongresses hob der Vorsitzende des Obersten Volkswirtschaftsrates Bogdanow hervor, daß in einigen Industriezweigen eine deutliche und schnelle Besserung festzustellen sei; hierzu gehören die Gummi-, die Tabak- und die Textilindustrie. Die Schwerindustrie indes mache eine Krise durch, da sie für Aufträge des Staates arbeite, dessen Finanzen sich in einem unbefriedigenden Zustande befänden. Jedoch im Zusammenhang mit den Krediten, die für Marine und Verkehr gewährt worden sind, seien große staatliche Aufträge erteilt worden, die auch bei der Schwerindustrie eine Hebung erwarten ließen. Im ganzen sei die Wirtschaftslage wesentlich gebessert. Die Hauptaufgabe müsse zunächst die Schaffung einer stabileren Geldeinheit sein. Darin empfahl, einen engen Kontakt zwischen den in Rußland bestehenden 130 Trusts und den anderen Formen der industriellen Produktion herzustellen.

„Arbitrage.“

Von Hans Bauer.

Arbitrage ist eine der lustigsten Sachen der Welt. Arbitrage ist so: An der Leipziger und der Berliner Börse beispielsweise wird irgendein Aktienpapier gleichzeitig gehandelt. Dienstag nachmittag um 2 Uhr wird sein Kurs in Berlin mit 4500 festgesetzt. Das heißt: Eine oder 1000 Mark lautende Aktie kostet 45 000 Mark. Um 1/3 Uhr wird der Kurswert der gleichen Aktie in Leipzig mit 48 000 Mark festgesetzt, was sehr leicht möglich ist und welche Unterschiede tatsächlich oft noch viel erheblicher sind. Der Arbitrageur, der vielleicht in Dresden wohnt, sieht nun im Bedarfsfall seines Kontors, nimmt per Telefon von seinem Berliner Vertreter den Berliner, von seinem Leipziger Vertreter den Leipziger Kurs entgegen, arbitriert, das heißt: vergleicht die beiden Kurse, weiß seinen Berliner Vertreter an, von einem Berliner Besitzer des Papiers 10 Stück zum Tageskurs zu kaufen, und seinen Leipziger Vertreter, einem Leipziger Kaufmann 10 Stück zum Tagespreis zu verkaufen. . . . und weiß, daß er innerhalb von 30 Zigarrenzeiten zehnmal die Differenz von 48 000 zu 45 000, daß er also 30 000 Mark „verdient“ hat.

Über so ist Arbitrage: Unser Dresdener Freund erfährt vermöge seiner ausgezeichneten Geschäftsverbindung, daß in Schmalkalden bis 4 Uhr 15 abends ein Posten Klotzpapier, Muster 3 b/C, zu verkaufen ist. Preis 600 000 Mark. Und er weiß, daß in Borna jemand bis 6 Uhr 25 einen Posten Klotzpapier, Muster 3 b/C, für 650 000 Mark kaufen würde. Er hat keine Ahnung, was Schmalkalden oder Borna liegt. Glücklicherweise hat die Post eine Ahnung davon, und er darf nach dahin telegraphieren, daß er kauft, nach derhin, daß er verkauft. Er hat auch keine Ahnung, was Klotzpapier 3 b/C für ein ist. Glücklicherweise aber scheinen die in Schmalkalden und die in Borna eine zu haben. Das einzige, wovon er Ahnung hat, ist die Tatsache, daß 650 000 Mark minus 600 000 Mark einen Saldo von 50 000 Mark zu seinen Gunsten ergibt.

Ein Arbitragegeschäft ist ein Zug-um-Zug-Geschäft. Ein Gleichzeitigkeitgeschäft von Kauf und Verkauf.

Aber darüber hinaus ist ein Arbitragegeschäft noch mehr. Es ist das Destillat, der Extrakt des kapitalistischen Denkens. Es ist das ideale Geschäft überhaupt. Es ist eben in dem Maße das ideale Geschäft, wie es eine Groteske ist, daß es überhaupt ein Geschäft sein kann.

Arbitrage ist das große Columbus-Ei, die Synthese aus den Unannehmlichkeiten des Arbeiters und den Annehmlichkeiten des Unternehmers. Der Arbeiter hat die Schweißerei, aber immerhin kein Risiko, wenn er sich verdingt. Der Unternehmer hat ein gewisses Risiko, aber nicht die Mühseligkeiten einer beschwerlichen Arbeit. Der Arbitrageur hat weder Arbeit noch Risiko. Er hat nur den Verdienst.

Und das soll allerdings zugestanden sein: Um den Gedanken des Arbitragegeschäfts zum erstenmal in die Welt zu setzen, dazu war ein gewisses Genie erforderlich; das Geschäft zu eigenen Nutzen und zum Schaden der Allgemeinheit mit Erfolg auszuüben, vermag aber heutzutage auch der größte Dummkopf.

Das Steglitzer Schloßpark-Theater gibt jetzt ein Stück: „Nach Bagdad“, dessen Verfasser sich auf dem Titel Lorenzo Azertus nennt, aber vermutlich ein deutscher Landsmann von jugendlichem, zu dramatischen Verfehlungen besonders geneigtem Lebensalter ist. Das Stück — Ingenieure, die auf vorgeschobenen Posten am Bau der Bagdadbahn beschäftigt sind — mag dem Autor aus eigener Anschauung bekannt sein. Doch der Versuch, daselbst in dramatischer Bewegung auszurollen, bleibt in neuen Unbeholfenheiten stehen. Das reichlich drei Akte füllende Gerede ist nur geeignet, im Hörer ein Bedauern zu erwecken, daß die romantischen Begebenheiten nicht in der Form von Nummern Kinobildern am Auge vorüberziehen. Ein paar Textworte auf dem Vorhang hätten genügt, und die Geschichte der hochherzigen Wüstentochter Raimouna scheint wie geschaffen, weiter ausgekostet die Sensationen eines Films zu liefern. Der Verzicht auf solche äußere Buntheit, den die Dramatisierung verlangt, ließ die innere Leere nur um so empfindlicher hervortreten. Einzelne charakteristische Wendungen, die die durch Tropenluft, durch Abgeschliffenheit von aller Welt, durch sexuelles Ausgehungersein und Alkohol erzeugten Zustände und Stimmungen beleuchten, konnten über die Gewalttätigkeiten in der Konzeption des Ganzen nicht hinweghelfen. Auch der Ausdruck des Krieges — die Handlung soll im Herbst 1914 vor sich gehen — wird herangezogen. Raimouna fällt durch eine Kugel, und ihr Geliebter, der junge, human gesinnte Engländer, wird Kriegsgefangener seiner früheren deutschen Freunde. In der Aufzählung, die bei dem Text des Stückes den Darstellern nirgends dankbare Aufgaben bot, interessiert am meisten Paul Henckels, der einen der jungen Ingenieure mit sehr lebendiger Individualisierung spielte.

Max Grube, der zwanzig Jahre lang als Oberregisseur und Darsteller im Schauspielhaus am Gendarmenmarkt wirkte und der, nachdem er sich Wilhelm „allerhöchste Ungnade“ wegen einer Papille zugezogen hatte, als Privatmann lebt, kann jetzt auf eine fünfzigjährige Bühnenlängigkeit zurückblicken. Aus diesem Anlaß gab er gestern im hiesigen Schauspielhaus ein Gastspiel, in dem er die weisen Worte sprach, die Lessing seinem Nathan in den Mund legt. Worte und Spiel des Jubilars riefen sich immer wiederholenden Beifallssturm hervor. Lessings Werk aber hat nichts von seiner „Aktualität“ verloren. Die abgeklärte Weisheit, die in jedem menschlichen Wesen vor allem dem Menschen liegt, und die alles Dogmatische, alles Nationalistische abseht, ja selbst die Bande des Blutes hinter denen des Geistes und Herzens zurücktreten läßt, hat leider nur immer in wenigen erleuchteten Köpfen Wurzel fassen können und man möchte wünschen, daß alle, die bei diesen Szenen begeistert Beifall klatschten, nicht nur von der Darstellung, sondern auch vom Inhalt des Gesprochenen ergriffen waren. Otto Paubinger spielte den Sultan etwas sehr jugendlich, Rathilde

Suffin war eine kluge, überlegene Sitah, Grete Landheim als Nathans angenommene Tochter und Paula Conrad als ihre Gefährtin fügten sich vollkommen in den Rahmen des Stückes. Leo Reuf als Tempelherr, Heinrich Witte als Derwisch, Ernst Legal als Klosterbruder und Albert Paury als Patriarch mögen ebenfalls anerkennend erwähnt werden.

Vorbildliche Kulturspflege. Aus Kassel wird uns geschrieben: Nirgends gibt es mehr etwas für 50 Pfennige außer in der Stadt Kassel, die vor zwei Jahren im prunkvollen Stadtschloß der heftigen Landgrafen und Kurfürsten am Friedringsplatz eine großzügige städtische Galerie eröffnete, damit sie mit ihren neueren Meisterwerken in Gegenstück darstelle zu den alten in der berühmten Kaffeler Gemädegalerie. Um nun den weitesten Kreisen der Bevölkerung Gelegenheit zu geben, die künstlerischen Schätze dieses Schloßmuseums zu beschauen, wurde der Eintrittspreis auf 50 Pf. festgesetzt, während ringsum die staatlichen Museen und Schloßhöfe, an denen Kassel reich ist, 20 Mark und mehr erheben. Die Kaffeler Stadterwaltung hat mit diesem Beschluß eine Kultursorg gezeigt, die man sich an anderen Orten zum Vorbild nehmen sollte.

Bahnakuriositäten. Der Reisebericht eines Engländer, der kürzlich von Kroatien nach Basel fuhr, liefert einen neuen Beitrag zu dem Kapitel der durch die internationale Währungsanarchie herbeigeführten Bahnakuriositäten. Der Reisende legte die Fahrt von Kroatien nach Basel in einem ersten Klasse zurück, er freute sich im Speisewagen der vorzüglichsten Verpflegung und ließ sich bei der Ankunft in Basel eine Tasse Tee geben. Für die kleine Tasse hatte er mehr zu bezahlen, als er während der ganzen Fahrt von Kroatien nach Basel ausgegeben hatte.

Indische Verbrecherstämme. Von den merkwürdigen Stämmen der Verbrecherstämme in Indien berichtete der Soziologe Booth Tuder in einem Vortrag, den er in London hielt. Diese Stämme haben ihren Mitgliedern bestimmte Verbrechen zur Pflicht gemacht, und das Begehen solcher Untaten gilt für jeden Stammesangehörigen als ein moralisches Verdienst. Einige dieser Stämme haben ihre Spezialität im Mord, andere im Straßenraub. Wieder andere haben sich die Ermordung und Vererbung von Geldverleibern zur Aufgabe gemacht. Die Ausübung dieser Untaten ist von den einzelnen Stämmen zu höchster Vollendung ausgebildet worden, und mit ihnen sind wunderliche Bräuche verknüpft. Die englischen Behörden führen einen erbitterten Kampf gegen diese Verbrecherstämme und suchen vor allem die merkwürdigen Anschauungen von Sittlichkeit und Pflicht durch solche zu zerlegen, die den in der zivilisierten Welt üblichen Begriffen weniger zuwiderlaufen.

Vielleicht interessiert es Herrn Booth Tuder zu erfahren, daß wir uns in Deutschland bereits ähnlichen Zuständen nähern. Gewisse deutsch-närrische Kreise betrachten schon heute den Reichsmord als ein sittliches Verdienst. Leider dürfen wir aber nicht konstatieren, daß von den deutschen Behörden der Kampf gegen diese Verbrecherbanden allenthalben mit der nötigen Energie geführt wird.

Neue Verteuerung des Buches. Die Vorläufe des Börsenvereins der Deutschen Buchhändler und des Deutschen Verlegervereins haben sofort nach Weihnachten die Schätzpreiszahl um 50 Proz., also von 400 auf 600 erhöht.

Die Gewerkschaften beim Reichskanzler.

Zu der gestrigen Aussprache zwischen dem Reichskanzler und den Gewerkschaften erzählt die B.S.-Korrespondenz noch folgende Einzelheiten:

Im Verlauf seiner Ausführungen sprach Reichskanzler Cuno auch das Reparationsproblem. Er erklärte allerdings, daß er nähere Mitteilungen noch nicht machen könne, da zur Stunde die Refforminister im Verein mit den Sachverständigen noch an der Arbeit seien, die letzten Formulierungen vorzunehmen. Da er jedoch den Parteiführern im Reichstage noch keine Mitteilung über die deutschen Vorschläge gemacht habe, könne er auch dem Gewerkschaften keine Einzelheiten bekanntgeben. — Cuno vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund gab seiner Enttäuschung darüber Ausdruck, daß der Kanzler über die Reparationsfragen keine Mitteilungen zu machen imstande sei. Der Kanzler möge daran denken, daß unter den Massen im Lande eine ungeheure Erbitterung und Verleumdung herrsche, und es sei verhängnisvoll, wenn die Regierung sich über diese Stimmung im Lande etwa täuschen sollte. Die Verleumdung der Arbeitnehmer schreie von Tag zu Tag mit Riesenschritten vorwärts, und die Öffentlichkeit verlange zu wissen, welcher Art die Vorschläge seien und wer die Hauptkosten zu tragen habe. — Der Führer des Deutschen Gewerkschaftsbundes, **Balkusch**, bat den Reichskanzler, sich wenigstens darüber zu verbreiten, welche innerpolitischen Wirkungen die Pariser Besprechungen wohl haben würden.

Der Reichskanzler beantwortete diese Frage dahin, daß man auch hierüber erst dann eine abschließende Antwort geben könne, wenn die Pariser Besprechungen beendet seien. Von dem Verlauf der Konferenz werde die deutsche Innenpolitik zum größten Teil abhängen.

Erkenntnis (Hirsch-Duncker) beklagte sich darüber, daß die Regierung bei Anhörung der Sachverständigen die

Gewerkschaften nicht mit herangezogen

habe, obwohl auch in außenpolitischen Fragen gerade die großen Gewerkschaften wiederholt die Stütze der Regierung gewesen seien. Die Formulierung der deutschen Vorschläge für Paris müsse die Regierung allerdings selbst verantworten.

Der Reichskanzler erklärte hierzu, daß bisher aus Zeitmangel die Gewerkschaften noch nicht herangezogen worden seien. Im Gegensatz zu der Londoner Konferenz, bei der man auf deutscher Seite nur Sachverständige aus Bankkreisen gehört habe, sei die Regierung bestrebt, diesmal Vertreter aller Stände und Klassen heranzuziehen, da von allen Schichten des deutschen Volkes ohne irgend eine Ausnahme

Opfer verlangt wurden.

Der Reichswirtschaftsminister würde vor der endgültigen Formulierung auch die Gewerkschaften noch hören. — **Auffhäuser** (W.F.L.) betonte, daß die Gewerkschaften bewußt die Verantwortung für die deutschen Vorschläge mit übernehmen wollten. Die Heranziehung der Gewerkschaften wäre um so notwendiger gewesen, als die Entente diesmal die privatrechtliche Garantiefrage in den Vordergrund gestellt habe. Die Regierung müsse die Frage beantworten, ob Industrie und Landwirtschaft bereit seien, derartige privatrechtliche Garantien zu übernehmen. Der Reichskanzler erklärte hierzu, daß er auf die Mitwirkung der Wirtschaft und Landwirtschaft bestimmt rechne. Er könne sich in diesem Augenblick über beratige Fragen jedoch nicht konkreter aussprechen.

Dann wurden die

fünf Fragen der Gewerkschaften

vom Kanzler und den Refformministern eingehend beantwortet. Zur Frage, ob die Regierung Vorzüge getroffen habe, daß für die kommende Brotpreiserhöhung ein Ausgleich in den Löhnen und Gehältern auch der Privatindustrie geschaffen werde, gab Ernährungsminister **Dr. Luther** eine längere Erklärung ab. Die Regierung werde alles tun, um die Einkommen der Arbeitnehmer auch in der Privatindustrie der Brotpreiserhöhung anzugleichen. Bei der Brotpreiserhöhung sei erstens der Getreidepreis zu beachten, der zu 80 Proz. durch den Auslandsgetreidepreis beeinflusst werde, zweitens der Preis der Reichsgewehreide und drittens der Preis des von den Kommunen abgegebenen Mehls. Der endgültige neue Getreidepreis konnte deshalb noch nicht festgestellt werden, da die Frachtenhöhen noch nicht festliegen. Es sei angebracht, die Getreidepreiserhöhungen ein Stück, daß der Kartoffelpreis verhältnismäßig niedrig sei. Dieser annehmbare Preis sei einmal der geradezu glänzenden Kartoffelernte und der freien Wirtschaft zu verdanken. (??) Glücklicherweise brauche man in diesem Jahre keine Kartoffeln einzuführen und deshalb sei der Preis für Hochfrüchte von den fremden Werten unabhängig. Beim Getreide lägen die Verhältnisse umgekehrt, da hier die Einfuhr und die Beschaffung der Düngemittel eine große Rolle spielten. Im Interesse der Verbraucher liege es vor allen Dingen, daß möglichst viel Getreide produziert werde. Der Landwirt müsse in der Lage sein, anzubauen, er müsse Mittel haben, um Dünger kaufen zu können. Die oft erhobene Forderung eines Anbauwanges sei vollkommen undurchführbar.

Die weiteren Forderungen der Gewerkschaften, nämlich ob die Regierung bereit sei, die

Ungerechtigkeiten des Reichseinkommensteuergesetzes

insbesondere für die Lohnsteuerpflichtigen bei ihren in Arbeit befindlichen Ergänzungsentwürfen zum Einkommensteuergesetz auszugleichen und was die Regierung zur Bekämpfung des Wuchers tun wolle, begründete **Balkusch**. Die Gewerkschaften seien bereit, innerpolitisch nach Kräften mitzuwirken. Eine Steigerung der Produktion werde jedoch nur Erfolg haben, wenn über die Frage des Arbeitszeitgesetzes auf der mittleren Linie eine Einigung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer erzielt werde. Die Regierung solle in diesem Punkte ihren ganzen Einfluß ausüben und auf die Führer der Wirtschaft einwirken, daß diese mittlere Linie baldmöglichst gefunden werde. Zu dieser Frage ging Reichskanzler Cuno auf die Möglichkeit einer Geldanleihe ein. Um dieses Problem durchzuführen zu können, müsse sich die Regierung Rückendeckung bei allen Wirtschaftskreisen sichern. Sie sei nur möglich, wenn keiner in dieser Frage beiseite stehe. Was den Luxusverbrauch angehe, so seien alle Refformen bemüht, den Verbrauch an Luxuswaren auf das äußerste einzuschränken. Reichsernährungsminister **Luther** bemerkte, daß in seinem Bereich Luxusentwürfen kaum noch stattänden. Im Januar werde eine sehr hohe Luxussteuer für ausländische Weine eingeführt, um auch hier den Verbrauch noch weiter einzuschränken. Die von gewisser Seite angelegte Forderung, in Gaststätten nur einen Preisgang zur Ausgabe gelangen zu lassen, sei in der Praxis undurchführbar. Man müsse sich auch gewissen wirtschaftlichen Notwendigkeiten beugen. Es ist jetzt ein Schankstätten-gesetz in Vorbereitung, das die Bedürfnisfrage der Restaurants und Cafés prüfe und das auch eine nachträgliche Revision der Notwendigkeit beratiger Etablissements für die zurückliegenden Jahre regelt. Bei reinen Schenkwirtschaften werde man die erteilte Konzession nachträglich zurückziehen. Zur Bekämpfung des Wuchers sei im Reichswirtschaftsministerium ein neuer Erlaß in Vorbereitung.

Zur Frage der Wohnungsnot teilte Staatssekretär **Hamm** mit, daß die Regierung eine Wohnungsbauabgabe in Höhe von 1500 Proz. der Friedensmiete vorsehe. Die Regierung wolle auch Mittel für Bauten bereitstellen, die 1922 begannen, aber nicht vollendet werden konnten. Bisher seien 8 Milliarden für Wohnungsbau aufgewendet worden. Aus den Staatsforsten sollen 150 000 Festmeter Bauholz für Bauten sichergestellt werden, und es soll eine Rückstrome für jeden Festmeter gezahlt werden, der nachweislich zu Stuhlens- und Wohnungszwecken verbaut sei. Reichskanzler Cuno schloß hierauf die Aussprache mit der Erklärung, daß er auch weiterhin Anregungen der Gewerkschaften gerne entgegennehmen werde.

Das Teehaus im Park.

Berlin ist eine graue, häßliche und gräßliche Stadt, sagen manche. Vielleicht haben sie mit dieser harten und herben Kritik nicht so ganz Unrecht. Aber trotzdem bleibt als wahr bestehen, daß es in dieser großen und grauen Stadt so manches Wunderbare gibt, das den allermeisten unbekannt ist und zu dem einen nur der Zufall den Weg finden läßt.

Das ist zum Beispiel das Teehaus in der nordöstlichen Ecke des Charlottenburger Schlossparks. Das ist nun aber auch wirklich etwas ganz Besonderes, Feines und Bornehmes, eine wahre Zeitkapsel in unserer verlebten Zeit. Ein kleines zierliches Gebäude mit einem Stachelt, halb Tempel, halb Gartenhaus, ein reizender Rundbau mit Kolumbenturm in der ersten Etage, von denen man sieht über die hohen und schwarzen Bäume des Parks eine reizvolle Fernsicht hat nach der Jungfernhöhe und dem Tegeeler Wald. Voll aller Reizbarkeiten aber ist das Innere dieses Teehauses. Wundervolle alte Möbel, alte Bilder und Gemälde, und der Fußboden in den kleinen inliten Zimmern aus kostbaren exotischen Holzern.

Das ist das Teehaus, unmittelbar neben dem Charlottenburger Schloß. Wenn die verlassenen „hohen und höchsten“ Herrschaften den Tee nehmen wollten, dann begaben sie sich in dieses Teehaus. Der Weg dahin ist zwar vom Schloß nur ein paar Minuten entfernt, aber trotzdem führen die Herrschaften im Wagen vom Schloß nach dem Teehaus, weil man natürlich immer müde und angestrengt war, da ja bekanntlich das Regieren eine überaus anstrengende Angelegenheit war.

Heute steht die Herrlichkeit unbenutzt, und man weiß wirklich nicht, warum nicht ein paar obdachlose Familien hier Wohnung eingeräumt wird. Sie werden sicher nicht, wie die Majestäten einst, einen Wogen verlangen, wenn sie das Haus verlassen müssen, um Einkäufe in den nächsten Geschäften zu machen.

Neuerungen auf dem Friedrichstraßenbahnhof.

Ein neuer Stadtbahnsteig.

Mitte Januar soll, fast gleichzeitig mit der Eröffnung der Nord-Süd-Bahnstrecke Wedding-Halleles Tor, ein Teil des umgebauten Bahnhofs Friedrichstraße in Betrieb genommen werden. Als erster Abschnitt des großen Umbaus ist jetzt ein dritter neuer Bahnsteig fertiggestellt, der ausschließlich dem Stadtbahnverkehr dienen soll. Die beiden alten Bahnsteige werden dann dem Fern- und Vorortverkehr zur Verfügung stehen; von den Fernbahnhöfen der Stadtbahn verfährt bisher nur die beiden Endstationen Charlottenburg und Schiefelher Bahnhöfe über mehrere Fernbahnsteige, auf denen zugleich mehrere Fern- oder Vorortzüge abgesetzt werden konnten. Noch einige andere Neuerungen sind, weit über die lokale Bedeutung hinaus, von Wichtigkeit und Interesse; so wird der Zugangeiger, der bisher ausschließlich mit der Hand bedient wurde, zum ersten Male im Stadtbahnverkehr elektrisch eingestellt; der Stationsname erscheint nicht wie bisher in schwarzer lateinischer Schrift auf weißem Grunde, sondern in möglichst auffälligem Farbengegensatz in blauen deutschen Buchstaben auf schwarzem Grunde. Sämtliche Schalter werden mit dreih- oder schließbaren Fahrkartenschranken ausgerüstet, so daß, wenn ein Beamter seinen Dienst beendet hat, sofort der nächste seinen Fahrkartenschrank aus den Fenstern rücken und ohne Pause den Verkauf fortsetzen kann. Der neue Stadtbahnsteig ist von allen Seiten des Bahnhofs zugänglich; von der Friedrichstraße führen von beiden Bürgersteigen Treppen hinauf; sämtliche Aus- und Eingänge sind, um verkehrsbehindernde Gegenstände zu vermeiden, getrennt, so daß jede Treppe nur entweder dem Zu- oder dem Abgang dient. Die Innenräume des Bahnhofsgebäudes sind, den knappen Mitteln der Gegenwart entsprechend, einfach gehalten; die Wände sind mit dunkelbraunen Kacheln besetzt; der hohe Fuß des oberen Teils leitet zur weißen Stuckdecke über. Die Backsteinfront des Außenbaus erhält einen entsprechenden Terrakottenschmuck, der das ganze Bild belebt und gleichzeitig die Architektur gliedert.

Zunächst wird der Bahnsteig ein Holzdach erhalten; später werden zwei eiserne Hallen errichtet, die größer als die beiden Fernbahnhöfe, eine kleinere über dem neugebauten Stadtbahnsteig, jedoch wird dieser Bau zum Ende 1923 fertig sein.

Am Dranger der „Königlich-Kaiserlichen“.

Als wir vor einiger Zeit wieder einmal die Postverwaltung darauf hinweisen wollten, daß immer noch manche Beamte in Schriftstücken die „kaiserlich“ schimpfen, erhielten wir vom Reichspostministerium eine seltene Erwiderung. Zu den vielen, schon früher im „Vorwärts“ veröffentlichten Fällen, in denen von Postämtern noch Verschlußmarken mit dem unkorrigierten Aufdruck „Kaiserliches Postamt“ verwendet worden waren, hatten wir einen neuen Fall gemeldet. Das Ministerium beehrte uns, daß auf dem betreffenden Postamt gerade noch „eine“ unkorrigierte Verschlußmarke sich verkrampft halte, die dem unglücklichen Beamten in die Hände geriet. Es ist doch merkwürdig, wie oft bei der Post von den unkorrigierten Verschlußmarken gerade immer noch „eine“ vorhanden ist. Auch nach Eingang jener Zuschrift des Ministeriums wurden uns noch Geldpäckchenumschläge vorgelegt, auf deren Verschlußmarke die unkorrigierte „Kaiserliche“ Post gestempelt von dem Postamt Berlin S. 42 und von der Postagentur Mahlsdorf den Empfänger angriffen. Ebenso unkorrigiert bleibt die „Kaiserliche“ Post manchmal noch auf den vorgebrachten Bestellkarten, mit denen die Postämter nichtgelieferte Zeitungen nachfordern. Kann jemand uns einen Postbeamten nennen, der schon wegen solcher Verkommenisse von seiner Dienstbehörde bestraft worden ist? Vom Gericht bestraft würde wahrscheinlich der Republikaner, der diesen Leuten in allzu tröstlichem Deutsch seine Meinung sagte. Daß auch bei der Eisenbahnverwaltung manche Beamten die Verwaltung und sich selber noch für „königlich“ halten, ist im „Vorwärts“ an einer Reihe von Beispielen gezeigt worden. Man soll nicht glauben, daß es nicht noch mehr Beispiele gibt. Auf dem Bahnhof Briesen kann der Reisende im Bahnhofsgebäude ein Türschild sehen, das noch von einem „königlichen“ Bahnhofsvorsteher redet. Die Monarchie ist durch die Republik ersetzt worden, die preussische Staatsbahn ist in der deutschen Reichsbahn aufgegangen — aber der Bahnhofsvorsteher in Briesen bleibt „königlich“, wenigstens auf dem Türschild. Wir kennen noch andere Behörden, deren „Königlichkeit“ oder „Kaiserlichkeit“ anscheinend nicht künzuzutreiben ist. Vor einigen Wochen wurde uns ein Briefumschlag vorgelegt, der den unkorrigierten Stempel „Kaiserliches Statistisches Amt“ zeigte. „Königlich“ nennt sich das Konsistorium der Provinz Brandenburg auf einem Brief, der bei einem hiesigen Wohnungsamt einging. „Königliche Blindenanstalt“ liest man auf einem Stempel, der von der staatlichen Blindenanstalt zu Steglitz noch benutzt wird. Wann wird dem Unfug, der wie ein Höhn auf die Republik wirkt, ein Ende gemacht? Auch wo es sich nicht um Böswilligkeit, sondern nur um Nachlässigkeit handelt, muß gegen die Schuldigen mit unerbittlicher Strenge eingeschritten werden.

Der Kampf um die Berliner Häfen.

Der „Tag“, der sich zum Sprachorgan der Interessentenkreise gemacht hat, die den in der Verkehrsdeputation beratenden Verlagsentwurf mit der Schenker-Gruppe bekämpfen, weil sie angeblich eine Monopolisierung des Hafensbetriebes befürchten, teilte vor kurzem mit, daß die beteiligten Kreise der Berliner Speditoren in ihren Verhandlungen jetzt bis zur Ausarbeitung eines An-

gebots an den Berliner Magistrat gekommen sind. Nach unserer Kenntnis hat diese Gruppe der Berliner Speditoren Verbindungen mit kapitalkräftigen Kreisen sowohl des Auslandes wie auch des Inlandes aufgenommen. Es ist anzunehmen, daß der Berliner Magistrat, falls ihm ein solches Angebot gemacht wird, auch diesen einer genauen Prüfung unterziehen und eventuell verwerfen wird, beide Gruppen an den Verhandlungstisch zu bringen.

Margarine, das teuerste Nahrungsmittel.

Die Teuerung ist mit ihrer Wirkung auf die einzelnen Lebensmittel verschieden. Am teuersten ist unter den Lebensmitteln die Margarine. Das Staatliche Reichsamt berechnet für November das 1241fache des Friedenspreises. An zweiter Stelle steht Butter mit 1040. Es folgt das freie Roggenbrot mit 852, Schweinefleisch 808, zuzetellte Schmilch 604, Zucker 531, das amtliche Roggenbrot 193, Rindfleisch 365, Kartoffeln 180.

Der Spielnachmittag.

Für den am 29. März 1920 in den preussischen Volksschulen eingeführten „Spielnachmittag“ ist jetzt erneut Vorfrage gestritten worden. Er ist seinerzeit als eine durch die Zeitverhältnisse gebotene besondere Gesundheitsmaßnahme für die Jugend eingerichtet worden. Diese Aufgabe, so betont ein neuer Erlaß an die Provinzialschulkollegien, kann der Spielnachmittag nur erfüllen, „wenn die Schüler und Schülerinnen sich an einem solchen Nachmittage der freien Betätigung in gesunden Leibesübungen hingeben können“, unbelastet von Schulunterricht und häuslichen Aufgaben für den nächsten Tag, die unter Umständen durch Arbeit bis in die Rechtsstunden hinein nochgeholt werden müßten. Er wird deshalb als „Schul- und ausgabenfreier Halbtag“ bezeichnet. Kann der Spielnachmittag bei ungünstiger Witterung nicht stattfinden, so empfiehlt es sich, ihn zu verschieben, was in den meisten Fällen keine Schwierigkeiten bieten dürfte, da er von vielen Schulen ohnehin nicht auf einen bestimmten Tag festgelegt ist. Wenn bei dauernd ungünstiger Witterung keine Verschiebung in Frage kommt, sondern Ausfall erfolgen muß, so läßt sich im Ausnahmefall ein Ersatz denken in Form eines häuslichen Spielnachmittags für die jüngeren, eines Turnnachmittags in der Turnhalle oder auch eines Erholungsnachmittags für die älteren Schüler mit entsprechender Entlastung von häuslichen Arbeiten.

Das polizeiliche Dienstgeheimnis.

Der Polizeipräsident von Berlin hat die Verfügung vom 13. September 1912 über die vorherige Einholung seiner Erlaubnis zur Veröffentlichung aller Artikel über dienstliche Angelegenheiten in der Presse durch die ihm unterstellten Beamten aufgehoben.

Das durch die Reichsverordnung gewährleistete Recht der freien Meinungsäußerung befreit jedoch die Pflicht der Amtspflichtigen gegen die Beamten nicht. Verbaten ist, solche Tatsachen bekanntzugeben, die den Beamten im Dienst bekannt geworden sind und entweder ein Staats- oder Privatinteresse gefährden können oder deren Geheimhaltung vom Polizeipräsidenten besonders vorgeschrieben ist. Vor der Veröffentlichung von Artikeln in der Presse über solche an sich geheim zu haltende Tatsachen haben die Beamten vorher die Genehmigung des Polizeipräsidenten einzuholen.

Die Leiche der ermordeten Frau Radow wurde gestern im Charlottenburger Schauhaus von Medizinalrat Dr. Störmer und einem zweiten Gerichtsmediziner untersucht. Auf Ersuchen des Untersuchungsrichters wurde dazu auch der verhaftete Chemann Radow vorgeführt und der Leiche gegenübergestellt. Er stellte die Leiche als seine Frau fest, ohne auch nur eine Spur von Reue zu zeigen. Die Obduktion ergab, daß Frau Radow durch Erdrückung getötet worden ist. Sie hat auch außer mehreren Schnitt- und Stichwunden am Hinterkopfe einen Schuß unterhalb des rechten Auges in den Kopf erhalten. Dieser war aber ebensovwenig tödlich wie die Schnitt- und Stichwunden.

Weihnachtsfeiern in Treptow. In der Weihnachtswoche fanden in den 4 Kinderhorten, 8 Kinderhorten, 2 Kinderkassen und im Kinderheim des Bezirks Treptow Weihnachtsfeiern mit Bescherung statt. Neben Spielen, Rätseln und Singspielen erlitten die Kinder Toilettefeiern, teilweise auch Spielchen, sowie Wäsche und Kleiderstücke. Die bedürftigsten Kinder des Bezirks wurden mit Wäsche, Stiefeln und Kleidungsstücken besonders bedacht. Die Mittel für diese Weihnachtsbescherung wurden durch freiwillige Spenden aufgebracht, die in der Gesamthöhe eine Million Mark betragen.

Ein Hamburger Dampfer verschollen. Der am 2. Dezember von Norfolk abgegangene Hamburger Dampfer Heinrich Kahler mit 44 Mann Besatzung ist bis heute nicht eingetroffen. Das stark überladene Schiff ist vermutlich verloren. Die der gleichen Reederei gehörende Jeannette Kahler, die am 8. Dezember von Norfolk abging, ist gestern mit voller Besatzung im Hamburger Hafen eingetroffen.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Zunächst etwas wärmer, überwiegend trübe, mit wiederholten Niederschlägen und ziemlich starken südwestlichen bis westlichen Winden. Später zeitweilige Aufhellung und neue Abkühlung.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

23. Dez. Die Wechsung findet nicht am Sonnabend, sondern heute Freitag abend 8 Uhr mit dem Kaiser statt.

24. Dez. Charlottenburg. Die Einbürgerung des am 25. Dezember verstorbenen langjährigen Genossen **Walter Kunz** findet am Sonnabend, 30. Dezember, nachmittags 4 1/2 Uhr, im **Reinhold-Wilmersdorf** statt. Die Ableitung erfolgt durch die dortige Ortsgruppe.

Jungsozialisten, Jahresmehrfest

am Sonnabend, 30. Dezember, in **Waltersdorf** bei **Dudenwalde**. Treffpunkt Sonnabend nachmittags 4 Uhr Hauptingang **Reharter Bahnhof** für **Rochlitzer** Abfahrt 6.15 und 6.57 bis **Waltersdorf** **Rufinstrumente** mitbringen.

Devisenkurse.

	29. Dezember		28. Dezember	
	Käufer (Gold-) Kurs	Verkäufer (Brief-) Kurs	Käufer (Gold-) Kurs	Verkäufer (Brief-) Kurs
1 holländischer Gulden	2967.56	2982.44	2902.50	3007.60
1 argentinische Papier-Peso	2935.39	2910.61	2862.82	2977.80
1 belgischer Franc	500.74	503.26	498.75	501.25
1 norwegische Krone	1406.47	1418.53	1421.48	1428.57
1 dänische Krone	1526.17	1538.83	1551.11	1558.89
1 schwedische Krone	1905.—	2005.—	2020.91	2040.00
1 finnische Mark	—	—	187.58	188.47
1 japanischer Yen	—	—	3640.87	3650.13
1 italienische Lire	876.55	878.45	879.05	880.97
1 Pfund Sterling	34518.50	34686.50	36159.37	36340.63
1 Dollar	7481.25	7518.75	7551.01	7588.93
1 französische Franc	546.13	548.87	548.67	548.33
1 brasilianischer Milreis	—	—	895.25	890.75
1 Schweizer Franc	1416.45	1423.55	1431.41	1438.59
1 spanische Peseta	1712.06	1717.04	1182.08	1187.97
100 österr. Kronen (abget.)	—	—	10.62	10.68
1 tschechische Krone	—	—	238.40	239.60
1 ungarische Krone	—	—	8.00	8.08
1 bulgarische Lewa	—	—	50.81	51.18
1 jugoslawischer Dinar	—	—	78.80	78.70

